

Pöner, Ulrich / Habisch, André (Hg.): *Signale der Solidarität: Wege christlicher Nord-Süd-Ethik*, Schöningh / Paderborn u.a. 1994; 224 S.

In einer Zeit, in der das ohnehin nie übermäßig starke Interesse an den Problemen der sogenannten »Dritten Welt« wegen der Veränderungen des Weltsystems und der verbreiteten Enttäuschung über zu geringe Fortschritte in der Entwicklungszusammenarbeit ganz zu erlahmen droht, ist es besonders wichtig, einen Beitrag zur ethischen Begründung der Solidarität mit der »Dritten Welt« zu leisten. Mit seinen insgesamt zehn Beiträgen von überwiegend theologischen Ethikern, aber auch von einem Juristen und einem Ökonomen, trägt der vorliegende Sammelband überzeugende Argumente zusammen, sich gerade in der jetzigen Situation nicht selbstgenügsam nur mit den eigenen, sicherlich auch sehr bedrängenden Problemen der »Ersten Welt« zu befassen, sondern die Perspektive der »Einen Welt« und der »Einen Menschheit« nicht aus den Augen zu verlieren.

Die Zugänge der Autoren zum Thema sind vielfältig: KLAUS DEMMER argumentiert von einer geschichtlichen Naturrechtskonzeption her. Für HEINER BIELEFELDT ist die menschenrechtliche Universalität der entscheidende Ansatzpunkt. WOLFGANG OCKENFELS plädiert für eine globale Umsetzung sozialer Marktwirtschaft. DIETMAR MIETH versucht, seinen handlungstheoretischen Ansatz für die Nord-Süd-Problematik fruchtbar zu machen. In einem besonders eindringlichen Text beschreibt und bekräftigt JOHANNES MÜLLER das »Mit-Leiden« als Grundlage menschlicher Solidarität.

Für die aktuelle Diskussion besonders wichtig sind jedoch die Beiträge, in denen zwei unterschiedliche Begründungsmodelle für die Solidarität mit der »Dritten Welt« vorgestellt werden: ein letztlich auf das Eigeninteresse und das ökonomische Kalkül gründender institutionenökonomischer (ANDRÉ HABISCH, KARL HOMANN) bzw. auf »Zwangssolidaritäten« (HANS-JOACHIM HÖHN) verweisender Ansatz auf der einen und ein auf der gleichen Würde aller Menschen basierender moralischer Ansatz auf der anderen Seite (PETER ROTTLÄNDER, FRIEDHELM HENGSBACH, MATTHIAS MÖHRING-HESSE).

Ausgehend von dem Gedanken, daß die Ursache der Armut im »Fehlen berechtigter – i.S.v. seitens der Adressaten anerkannter – Ansprüche« (114) der Armen liegt, plädieren HABISCH und HOMANN für eine umfassende Vergesellschaftung, d.h. die Vereinbarung von Regeln, die die Kooperationschancen der Individuen über einmalige spontane Tauschakte hinaus durch verlässliche gegenseitige Verhaltenserwartungen absichern. Dabei begründen sie dies nicht »moralisch«, sondern »ökonomisch« aus den Eigeninteressen der Individuen heraus. Ansprüche »sozialer Gerechtigkeit« seitens der mit geringer ökonomischer oder physischer Macht ausgestatteten »Armen« werden in diesem Modell Anerkennung finden, weil angesichts komplexer werdender Abhängigkeiten »der freien Zustimmung einzelner und kleiner Gruppen zum gesellschaftlichen Arrangement als ganzem eine neue Bedeutung« zukommt. »Konsens ist mithin empirisches wie normatives Kriterium moderner Gesellschaft« (116–117). Auf die Dritte-Welt-Problematik bezogen lautet das Argument dann folgendermaßen: »Es liegt daher im langfristigen Interesse der Dritten und der Ersten Welt, weltumspannende dauerhafte Austauschbeziehungen aufzubauen, in solche Beziehungen zu investieren, sie verfassungsmäßig zu gestalten und auf diese Weise berechnete Erwartungen zu konstituieren.« (129)

In diesem Ansatz haben moralische Institutionen die heuristische Funktion, auf uneingelöste Kooperationschancen im allseitigen Interesse hinzuweisen, nicht aber sie zu *begründen*. Nicht die Moral liefert die Argumente, sondern das umfassende und langfristig angelegte Interessenkalkül. Natürlich muß es jeder verantwortungsethisch und soziologisch aufgeklärten Ethik darum gehen, gesellschaftliche Strukturen zu entwerfen, die es den Individuen erleichtern, in ihrem Handeln dem Gemeinwohl zu dienen. Die Frage, ob gesellschaftliche Institutionen auch dann funktionieren, wenn sich die Beteiligten eigeninteressiert verhalten, ist ein sinnvolles Kriterium für die Spielregeln

moderner Gesellschaften und muß auch aus der Sicht christlicher Sozialethik keineswegs diskreditiert werden.

Aber reicht das Interessenkalkül aus, um zu *begründen*, daß tatsächlich *alle* Menschen am Vergesellschaftungsprozeß *gleichberechtigt* beteiligt werden müssen? Wenn hier als Argument anstelle des moralischen Universalitätsprinzips nur der Nutzen der Kooperation (oder die Abwendung möglicher Gefahrenpotentiale) zugelassen wird, ist nicht garantiert, daß bestimmte Gruppen oder Einzelne nicht doch ausgeschlossen bleiben bzw. nicht nur im Status subalternen Wesen minderen Rechts einbezogen werden. Dafür müßten ja ständig entsprechende Nutzen- bzw. Gefahrenpotentiale vorliegen und überzeugend deutlich gemacht sowie alternative Nutzungs- bzw. Abwehrstrategien als weniger lukrativ ausgewiesen werden können.

Gerade die Hilfe für die ärmsten Länder, die nicht über wichtige Rohstoffe verfügen oder deren Ressourcen durch Substitutionsprozesse überflüssig geworden sind, deren geringe Kaufkraft Anstrengungen für eine Marktöffnung unrentabel erscheinen lassen, deren billige Arbeitskraft angesichts zunehmender Automatisierung auch kaum mehr komparative Kostenvorteile bringt, deren Umwelt durch die Ausbreitung der Wüste ohnehin schon irreversibel zerstört ist, läßt sich mit Verweis auf das »wohlverstandene Eigeninteresse« kaum begründen. Die Konflikte während der UNCED-Konferenz in Rio haben ebenfalls gezeigt, daß die durch die gemeinsame Umwelt von Erster und Dritter Welt gegebene »Zwangssolidarität« nicht unbedingt zu einer gerechten Verteilung der Kosten der Bewahrung der Umwelt führen muß. Der weitere Anstieg der CO₂-Belastung der Erdatmosphäre läßt sich auch dadurch verhindern, daß den Ländern der Dritten Welt eine stärkere Verbrennung fossiler Energiequellen nicht zugestanden und sie mit Hilfe der Regenwaldproblematik zu Sündenböcken gestempelt werden, anstatt den Schadstoffaustausch zunächst dort zu reduzieren, wo er in besonders hohem Maße anfällt. Wir sitzen zwar alle in einem Boot. Dieses hält aber sehr verschiedene Sitzplätze mit unterschiedlichem Komfort bereit. Aus der Nicht-Universalisierbarkeit des nordatlantischen Zivilisationsmodells kann ohne Zuhilfenahme moralischer Prinzipien nicht auf eine gleichberechtigte Nutzung der Ressourcen dieser Erde durch alle Menschen geschlossen werden. Ein neu aufkommender Sozialdarwinismus beweist dies. Es besteht die Gefahr, ihn mit Eigennutz-orientierten Argumentationsformen sogar noch zu fördern. Zu einer nicht nur strategisch kalkulierenden, sondern »moralischen« Haltung und entsprechendem Handeln kommen wir nur, wenn wir uns über unsere Eigeninteressen hinaus dazu bekehren, die prinzipiell gleichberechtigten Interessen der »anderen« zur Geltung kommen zu lassen. Im Zusammenhang der Dritten-Welt-Problematik scheint mir jedenfalls trotz ihres argumentationsstrategischen Vorteils im Kontext pluraler Weltanschauungen die Reichweite von rein Eigennutz-zentrierten Ethikkonzepten nicht zu genügen.

Odenthal

Gerhard Kruij

Shadid, W.A.R. / Koningsveld, P.S. van: *Religious Freedom and the Position of Islam in Western Europe. Opportunities and obstacles in the Acquisition of Equal Rights (with an extensive bibliography)*, Kok Pharos / Kampen 1995; 229 S.

Etwa sieben Millionen Muslime leben in den verschiedenen Staaten Westeuropas. In den einzelnen Staaten sind die Möglichkeiten, den islamischen Glauben zu leben, recht unterschiedlich. Für das Verhältnis Staat – islamische Glaubensgemeinschaft bzw. Gesellschaft – Islam ist die konkrete Verwirklichung der Religionsfreiheit auf rechtlicher Ebene von vorrangiger Bedeutung. Die beiden Autoren zeigen an konkreten Beispielen, wie die Muslime in den westeuropäischen